

(Dr. Diestel, Minister für Innere Angelegenheiten:
Das sehe ich auch so.)

Demloff (PDS):

Herr Minister, darf ich aus Ihren Ausführungen entnehmen, daß Sie gegenüber dem im Moment zur Diskussion stehenden Gesetz persönlich rechtsstaatliche Bedenken haben und gegenüber der jetzt im Staatsvertrag vorgesehenen Regelung ebenfalls rechtsstaatliche Bedenken haben?

Dr. Diestel, Minister für Innere Angelegenheiten:

Herr Abgeordneter! Ich bin wie Sie Abgeordneter der Volkskammer, und ich habe mir erlaubt, eine persönliche Meinung zu dem Gesetz zu haben, das vergangene Woche verabschiedet wurde. Ich bin aber Demokrat, ich habe die Mehrheitsverhältnisse, ich habe den Auftrag dieser Volkskammer zu berücksichtigen. Ich werde dieses Gesetz, so wie es verabschiedet wurde, auch umsetzen. In dieser Hinsicht sind meine persönlichen Bemerkungen zu verstehen. Wenn zwei Juristen sich unterhalten, gibt es erfahrungsgemäß drei Meinungen. Ich werde meine persönlichen Bedenken zurückstellen und dieses Gesetz umsetzen. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Ich muß Ihnen einfach sagen: Es geht nicht um meine persönliche Auffassung; es geht um die Auffassung, die die bundesdeutsche Seite zu diesem Gesetz hat, und das ist eine andere.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Noch eine Frage, bitte schön! Die letzte, wenn ich bitten darf!

Dr. Seifert (PDS):

Herr Minister, ich bin erstaunt über Ihre Bemerkung, daß Ihr Staatssekretär aus dem liberalen Bereich kommt.

(Dr. Diestel: aus der liberalen Fraktion.)

Meine Frage geht dahin, geht es bei Ihnen nach Partei oder nach Sachkompetenz?

(Beifall, vor allem bei der SPD)

****r. Diestel, Minister für Innere Angelegenheiten:**

Hochverehrter Herr Abgeordneter! Ich habe einfach darstellen wollen, daß Herr Stief mir von der liberalen Fraktion als Unterstützung zur Verfügung gestellt wurde, und daß ich selbstverständlich nicht den Konflikt mit dieser Fraktion, die mir gegenüber sitzt, suche, indem ich unkritisch einen Vorgang bewerte und zu einer Entscheidung komme.

Ich werde, wie es üblich ist, dieses Problem mit Herrn Stief beraten. Sollte er sich in der Pressekonferenz irrtümlich oder falsch oder nicht korrekt ausgedrückt haben, dann wird er selber, dazu ist er Manns genug, hier eine Korrektur herbeiführen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich hatte gesagt, die letzte Frage. Ich würde das auch ganz gut so finden.

Als nächster für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Claus.

Claus für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus hat sich mehrheitlich

entschieden, diesen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne mitzutragen, also zu befürworten, daß er als Antrag aller Fraktionen hier behandelt wird. Das berührt nicht gleichermaßen unsere Position zum Gesetz selbst.

Die erheblichen rechtsstaatlichen Einwände dazu hat in der vergangenen Woche der Abgeordnete Heuer hier vorgetragen, und das hat auch angesichts der erheblichen moralischen Dimension dieses sensiblen Anliegens die weitgehende Akzeptanz des Hauses und der Einbringer damals gefunden. An der Grundposition der Fraktion zum Gesetz, wie sie von Professor Heuer hier dargelegt wurde, hat sich nichts geändert.

Nun aber zum Antrag. Die Zustimmung einer Mehrheit unserer Fraktion zur Verhandlung dieses Antrages beruht nicht zuletzt auf folgendem:

Unsere Fraktion hat hier wiederholt Gelegenheit gehabt, aus der Situation der Minderheit heraus Mehrheiten zur Kenntnis zu nehmen und einmal getroffene Mehrheitsentscheidungen auch zu akzeptieren.

Aus unserer Sicht ist es deshalb kritikwürdig, daß vom Bundeskabinett ausgehend in der Volkskammer getroffene Entscheidungen nicht geachtet, ja in diesem Punkt im Entwurf des Einigungsvertrages entgegengesetzt dargestellt werden. Das ignoriert die hier getroffenen Entscheidungen.

Mit den vor diesem Haus viel zitierten Werten im Einigungsprozeß wie Würde und Souveränität ist das wenig vereinbar. Es ist ja auch das Eingeständnis des Innenministers hier ein Zeugnis. Allerdings, darf ich sagen, trifft ein solche kritikwürdige Praxis auch auf weitere Entscheidungen des Parlaments zu. Dem Antrag stimme ich zu.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Es spricht jetzt für die Fraktion der DSU der Abgeordnete Haschke.

Haschke für die Fraktion der DSU:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu keinem Gesetz in diesem Hause hatten Abgeordnete Gelegenheit, dreimal zu reden. Bei diesem Gesetz ist das der Fall, und ich muß Ihnen sagen, daß ich es eigentlich leid bin und daß die meisten Dinge hier schon gesagt wurden. Trotzdem will ich auch namens der DSU noch einige Dinge beitragen.

Es ist richtig, wenn der Innenminister hier sagt, daß er an den Verhandlungen nicht beteiligt war. Ich kann mich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß er trotzdem das Ergebnis begrüßt. Ich war gestern namens des Ausschusses unterwegs, war nicht in Berlin und habe die Meldung über Staatssekretär Stief gehört, der nach dieser Meldung die Unwahrheit verbreitet hat, daß der Sonderausschuß diesem Ergebnis zugestimmt hat. Ich kann dem Innenminister nicht folgen, wenn er hier sagt, daß das nicht auf seinem Tisch liegt, sondern daß das die Aussage des Staatssekretärs war.

Selbstverständlich war das die Aussage des Staatssekretärs, aber ich möchte den Innenminister fragen, wenn er weiß, und das wußte er, daß der Staatssekretär hier Lügen verbreitet, dann darf man doch die Zurücknahme dieser Lüge nicht dem Sonderausschuß überlassen. Dann ist doch der Minister verantwortlich für diese Aussage, und dann hat der Minister die Presse sofort zu informieren.

(Beifall bei der SPD)

Und er hat zu sagen, daß das eine Lüge ist und daß das niemals die Meinung des Sonderausschusses ist.

Ich möchte Sie bitten, Herr Innenminister, daß Sie das nachholen. Ich bin über eine Sache in Zusammenhang mit diesem Ge-